

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 3.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
••••• der Freien Stadt Danzig •••••
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelgenpreis: Die 8-gelbte Seite 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-gelbte Seite 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postkontonummer Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 79

Mittwoch, den 6. April 1921

12. Jahrgang

Die internationale Lösung der Weltkrise.

Das Reparationsproblem im französischen Senat.

Paris, 5. April. In der heutigen Nachmittagsitzung des französischen Senats wurde das Budget für auswärtige Angelegenheiten beraten. Senator Flandin, der ehemalige Präsident von Tunis, sprach über die Stellung Frankreichs am Osten. Er drückte sein Bedauern darüber aus, daß Valastina eine englische Kolonie geworden sei, obgleich Frankreich Rechte auf das Heilige Land habe. Der neugewählte Senator Henry de Jouvenel sprach über die Lage in Rußland im Anschluß an die Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen zwischen England und Rußland. Schließlich ging der Senator zur Reparationsfrage über. Sie sei ein französisch-deutsches Problem geworden, anstatt ein internationales Problem zu bleiben. Europa müsse durch ein Abkommen aller interessierten Staaten reorganisiert werden. Niviani könne Präsident Harding begreiflich machen, daß, wenn man schon Frankreich keine Priorität auf die Forderung an Deutschland gewährt, man diese Priorität nicht für seine Forderung an Rußland verweigern dürfe. In den Verhandlungen, die nach dem Versalltag vom 1. Mai stattfinden würden, müssen die Berechtigten Staaten ein Wort mitsprechen und zur Reorganisation Europas beitragen, wenn sie nicht gezwungen werden wollten, noch einmal nach Europa zu kommen, um die Zivilisation zu retten. Hierauf ergriff Ministerpräsident Briand das Wort: Das Problem, dessen Lösung erwartet werde, sei das der Lage Frankreichs gegenüber Deutschland. Wenn Frankreichs finanzielle Situation ernst sei, so sei das eine Folge des paradoxen Zustandes der siegreichen Nation, die durch den schlechten Willen ihres Schuldners gezwungen sei, die Lasten aufzubringen, die diesem zustelen. Der Vertrag von Versailles existiere für die Ausführung, aber die drei Großmächte müßten sich verständigen. Die Politik, die er betreibe, sei die einzig richtige. Welches sei die Lage nach dem Bruch von London? In Spa und in Paris habe man ein Abkommen getroffen; da dieses zurückgewiesen sei, bestehe nur noch der Vertrag von Versailles. Die Reparationskommission habe danach Deutschland die Zahlung zu nennen, die es zu entrichten habe. Briand sprach alsdann von den Sanktionen. Der Zolltarif am Rhein sei nunmehr aufgestellt. Deutschland habe sich des Vertrages bedient, um die Alliierten zu verhandeln, vor dem 1. Mai zu verhandeln. Wenn dieser Versalltag verstrichen sei, dann lehre man zu gemeinsamem Recht zurück. Wenn Deutschland versuche, sich noch am 1. Mai seinen Verpflichtungen zu entziehen, dann werde eine starke Hand auf Deutschland niedersinken. (Lebh. Beifall.) Alles, was Deutschland besitze, garantiere die Schuld (Lebhafte Beifall). Man werde Zwang anwenden, von dem auch die deutschen Großindustriellen nicht ausgeschlossen sein würden. Ein Teil der deutschen Bodenreichtümer müsse zur Zahlung herangezogen werden. Der entscheidende Augenblick nahe heran, an dem Frankreich im Einverständnis mit seinen Verbündeten fest entschlossen sei, das letzte Wort zu reden. Er beklage das deutsche Volk. Es werde aber in kurzem erfahren, daß das Recht auf der Seite der Alliierten stehe, und daß man entschlossen sei, zu seiner Forderung zu gelangen, wenn nötig mit Gewalt. Briand antwortete den Interpellanten, die zu Beginn der Sitzung zu Wort gekommen waren. Zum Schluß kam Briand auf das Abenteuer des Königs Karl zu sprechen. Es handele sich darum, Verpflichtungen zu erfüllen, die man gegenüber Italien, der Tschechoslowakei und Südtirolen übernommen habe. Die Rückkehr des Königs hätte zu Blutvergießen Anlaß geben können. Das allein rechtfertige die Haltung Frankreichs. Auch das Vorgehen Griechenlands beklage Briand. Griechenland habe man klar zu verstehen gegeben, welche Gefühle man habe. Das Vorgehen Frankreichs in der Orientfrage habe wieder den Griechen bewiesen, daß Frankreich seine Rechte wahren wolle. Der Senat vertagt dann die Weiterberatung auf Mittwoch nachmittags.

Die ewigen französischen Wiederholungen von Deutschlands angeblichem schlechten Willen, von der Rechtmäßigkeit des französischen Gewaltstandpunktes und von der Notwendigkeit weiterer verschärfter Gewaltanwendung wirken allmählich langweilig. Die eigensinnige französische Verzweiflungspolitik ist von weltgeschichtlicher Tragik und Unheimlichkeit. Die eigensinnige französische Verzweiflungspolitik ist von weltgeschichtlicher Tragik und Unheimlichkeit. Die eigensinnige französische Verzweiflungspolitik ist von weltgeschichtlicher Tragik und Unheimlichkeit.

einem einseitig französisch-deutschen, und daher unlöslichen Problem herabgesunken sei. Die zweckmäßige Form einer solchen internationalen Regelung ist aus den Ausführungen von Barbus zu ersehen, die wir heute veröffentlichen. Zu ihrer Verwirklichung könnte der nachfolgende amerikanische Vorschlag einer schiedsrichterlichen Entscheidung dienen, wie überhaupt von der amerikanischen Politik demnächst eine maßgebende Beeinflussung der europäischen Entwicklung erwartet und gewünscht werden muß.

New York, 5. April. In einer Besprechung der Antwort der amerikanischen Regierung auf das deutsche Memorandum in der Reparationsfrage schlägt „New York Herald“ vor, da Dr. Simons Deutschlands Reparationspflicht anerkannt habe und Hughes über dieses unzweideutige Zugeständnis erfreut sei, sollte eine dritte Partei als Schiedsrichter fungieren, um die deutsche Zahlungsfähigkeit zu bestimmen.

Der englische Bergarbeiterstreik.

London, 5. April. Wie die Blätter melden, ist bisher eine Besserung der Streiklage nicht eingetreten. Infolge Kohlenmangels mußten bereits viele Werke schließen, und die Zahl der Arbeitslosen wächst. „Daily Herald“ behauptet, Militär und Marine seien bereits in Bewegung gesetzt worden, um drastisch gegen jede Art von Unruhen vorzugehen. „Daily Express“ sagt: Entweder der Streik werde durch den Staat gebrochen, oder er werde sich zu einem Zustand entwickeln, der ganz gut Revolution genannt werden könne.

London, 5. April. (Unterhaus.) In Erwiderung auf die Ersuchen um ein Eingreifen der Regierung im Kohlenstreik erklärte Lloyd George, die Regierung sei gewillt, in Verhandlungen einzutreten, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß keine Rede von einer Unterstützung der Kohlenindustrie auf Kosten des Landes oder von einer Wiederaufnahme der Regierungskontrolle sein könne. Aber innerhalb dieser Grenze gebe es ein weites Feld für Verhandlungen, und die Regierung sei gewillt, zu tun, was sie könne, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden und ein gutes Einverständnis zwischen Bergwerksbesitzern und Bergarbeitern zu fördern. Der Bergarbeiterbund müsse jedoch helfen, daß die Bergwerke während der Verhandlungen nicht zerstört werden. Vertreter der Bergwerksbesitzer und der Bergleute müßten sofort, sei es mit oder ohne Regierungsvertreter, Schritte zur Erreichung eines Abkommens unternehmen. Darauf wurde die Debatte auf morgen vertagt.

Es fällt nicht schwer, aus der Erklärung von Lloyd George herauszuhören, daß hinter dem englischen Bergarbeiterstreik

Der Wiederaufbau als internationale Aufgabe.

In der ersten Nummer des neuen Jahrgangs der „Blode“ beschäftigt sich Barbus mit dem Wiederaufbau der Weltwirtschaft. Der, wie er sehr richtig sagt, ein völlig anderes Problem ist, als das der Wiedergutmachung für die Deutschland allein haftbar gemacht wird. Der Wiederaufbau der Weltwirtschaft — von dem im übrigen die Möglichkeit Deutschlands, Wiedergutmachungen zu leisten, abhängt — ist für Barbus eine internationale Angelegenheit. Er sagt:

Um die Arbeit zu beschleunigen ist es notwendig, sie auf sämtliche Industriestufen entsprechend den vorhandenen Produktivkräften zu verteilen.

Würde man ein Land, z. B. Deutschland, mit Aufträgen für die Wiederherstellung überlasten, so würde man dadurch die Erledigung der Aufgabe nicht beschleunigen, sondern verlangsamen. Dahin führt es aber, wenn man Deutschland eine übermäßige Kriegsschadungssumme auferlegt. Denn wenn man zu Deutschland sagt „zahle“, so heißt es „arbeite“. Es läuft darauf hinaus, daß Deutschland seine Produktion steigere, die Industrie entwickle, den Export vermehre usw., um die Werte zu erlangen, die es seinen Gläubigern zu zahlen hat. Die Milliarden, die man von Deutschland empfangt, wird man zu einem großen Teil an Deutschland zurückzahlen müssen, um dessen Waren abzukaufen. Und tut man das nicht, so kann Deutschland nicht exportieren, und folglich auch nicht zahlen. Und wenn die Deutschland auferlegten Zahlungen über dessen Kraft hinausgehen, so muß auch dessen Industrie verfallen, und das Ganze kommt ins Stocken.

Das Merkwürdige ist, daß man, obwohl man von Deutschland Zahlungen verlangt, doch zugleich die Entwicklung seiner Industrie einschränken möchte. Deutschland soll seine Produktion steigern, ohne sie zu entwickeln, es soll zahlen, ohne einzunehmen. Und weil wir diesen Widerspruch aufdecken, deshalb bekommen wir Prügel. Man kann aber den Gaul wohl zu Tode prügeln, vorwärts kommt man dadurch nicht.

Ein anderer und wohl berechtigter Gesichtspunkt ist es, wenn gesagt wird, Frankreich wolle die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete vor allem zur Beschäftigung seiner eigenen Arbeiter und

der Kampf zwischen der kapitalistischen und sozialistischen Wirtschaftsreform lauert. Unbedingt berechtigt ist natürlich der Wunsch Lloyd Georges, daß die Bergarbeiter sich nicht zu Zerfürungen vor Bergw. ten hinreißen lassen möchten. Es liegen leider Nachrichten vor, die in dieser Hinsicht gewisse Befürchtungen nahelegen.

Paris, 5. April. „Star“ meldet, daß es in den schottischen Grubenbezirken zu erneuten Zusammenstößen zwischen streikenden Bergarbeitern und Arbeitswilligen kam. Betriebsrichtungen wurden zerstört und Polizisten und andere Personen verwundet. Demselben Blatt zufolge ist für Heer und Flotte Urlaubssperre verhängt worden. „Evening News“ meldet, daß Lloyd George von allen seinen Freunden gedrängt werde, Neuwahlen zu veranstalten unter der Begründung, daß die Bergarbeiter das Schicksal des Landes in seine Hände gelegt haben.

London, 5. April. Am 24. März waren in England 1 413 751 Arbeitslose bei den Arbeitsbüros eingeschrieben.

Die schwierige Regierungsbildung in Preußen.

Berlin, 6. April. In der Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die sich gestern mit der preussischen Regierungsfrage beschäftigte, wurde laut „Vorwärts“ einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß die bisher geführten interfraktionellen Besprechungen keine neue Tatsachen ergeben hätten, die Anlaß dazu geben, von dem früher gefaßten Beschluß der Fraktion, nicht mit der Volkspartei in die Regierung zu gehen, abzuweichen.

Da Zentrum und Demokraten weiter an ihrem Standpunkt festhalten, daß für die alte Koalition in Preußen keine ausreichende Mehrheit mehr vorhanden sei, und da weiter die Demokraten den Vorschlag der Deutschen Volkspartei, die Parteiengruppierung des Reiches in Preußen zu versuchen, entschieden ablehnen, so könne, wie das „Tageblatt“ betont, es keinem Zweifel unterliegen, daß die ganzen Verhandlungen in ein äußerst kritisches Stadium geraten seien.

Die falsche Behauptung, daß für die alte Koalition in Preußen keine ausreichende Mehrheit mehr vorhanden sei — im Reich waren bekanntlich vor zehn Monaten alle Parteien der entgegengesetzten Ansicht —, ist offenbar nur ein Vorwand, um unter Außerachtlassung des Grundgesetzes der Demokratie in Preußen eine antisozialistische Bürgerblockregierung zu bilden. Die künstlichen Schwierigkeiten gehen vornehmlich vom Zentrum aus, das in Preußen viel mehr nach rechts neigt als im Reich und deshalb gern den Einfluß der Sozialdemokratie nach Möglichkeit verringern möchte. Die Sozialdemokratie würde natürlich durch ihre Ausschaltung in die schärfste Kampfstellung gedrängt werden, und die innerpolitische Lage wäre in Preußen dauernd den schwersten Erschütterungen ausgesetzt.

zur Entwicklung seiner eigenen Industrie ausnützen. Das ist durchaus richtig. Und da der Wiederaufbau mit den vollkommensten Mitteln der modernen Technik geschieht, so kann es sich nicht um eine einfache Wiederherstellung des Gewesenen handeln, sondern die französische Industrie muß vorwärts gebracht, sie muß auf eine höhere und breitere Basis gestellt werden. Auf diese Weise würde die Wiedergutmachung zum Ansporn einer dauernden Entwicklung werden. Frankreich würde industriell erstarben und mit vorteilhafteren Mitteln die Konkurrenz auf dem Weltmarkt wieder aufnehmen können. Aber gerade deshalb kann Frankreich ohne umfassende Mitwirkung nicht auskommen. Wollte es die ganze Arbeit von ausländischer Arbeit und Industrie beim Wiederaufbau allein machen, so müßte das die Erledigung verzögern. Man würde auch notgedrungen zur überlasteten und folglich schlechten Ausführung gelangen. Diese Gefahr liegt besonders in der Bauindustrie nah. Diese Verzögerung und Verschlechterung würde auch insofern schädlich wirken, als die französische Industrie inzwischen von den anderen überflügelt werden könnte. Eine andere Gefahr besteht darin, daß, wenn Frankreich seine eigenen Arbeitskräfte und seine eigene Industrie im Übermaß zur Ausführung der Wiederaufbauarbeiten in Anspruch nimmt, es nach Erledigung der großen Aufträge nicht genug Beschäftigung für die hochgetriebene Industrie und die engagierte Arbeiterkraft haben würde. Es würde also erst Arbeitermangel beim Wiederaufbau, dann Arbeitslosigkeit nach Erledigung der großen Arbeiten aufzuweisen haben. Selbstverständlich würden die Arbeiten unter diesen Umständen auch teuer zu stehen kommen.

Es ist deshalb durchaus verkehrt, wenn man in Frankreich aus nationalen Gründen der Beschäftigung deutscher oder anderer fremder Arbeiter beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete sich entgegensetzen möchte. Wenn die deutsche Industrie Maschinen für Frankreich liefert, so fördert sie dessen Produktionsentwicklung, folglich die Kraft Frankreichs; wenn die deutschen Arbeiter Häuser in Frankreich bauen, so fördern sie den Wohlstand, folglich die Kraft Frankreichs.

Eine rationelle Verteilung der Arbeiten auf mehrere Industrieländer ist das wichtigste Problem des Wiederaufbaus. Man erreicht auf diese Weise die schnellste, beste und billigste Ausführung und sorgt für eine kontinuierliche Entwicklung der Industrie.

Wirtschaftliche Rundschau.

Oberösterreich. — Die 50-prozentige Kaufsteuerabgabe. — Die Errechnung der deutschen Reparationsleistungen. — Ueber die Kohlenproduktion.

Die oberösterreichische Wahlprüfung ist vorüber. Sie hat das in Deutschland allseitig erwartete Resultat gehabt und eine deutliche Mehrheit von etwa 61 Prozent der Wähler dem Reichstag gebracht, der 99 Prozent politische Stimmen gegenüber haben. Leider ist, auf Grund der Willkür des Reichstages, die oberösterreichische Land nun nicht ohne weiteres endgültig zu einem Bestandteil der deutschen Republik geworden, sondern die internationalisierte Kommission muß nunmehr vorschlagen, wie die Grenze zu ziehen ist. Bei diesem Vorschlag ist Rücksicht zu nehmen auf die von den Wählern durch die Wahlprüfung geäußerten Wünsche. Wir sind auf die geographische und wirtschaftliche Lage der einzelnen Kreise zu achten. Der Hauptort dieser Wahlprüfung ist die internationalisierte Kommission leider die Möglichkeit, Oberösterreich nicht als ein unabhängiges Ganzes zu behandeln, sondern es in Bezirke zu zerlegen. Einzelne Bezirke, die bedeutende politische Mehrheiten aufzuweisen haben, könnten dem anderen Anlaß geben. Streichlich braucht man sich nur der Karte genau anzusehen, um sofort herauszufinden, daß eine Abtrennung dieser Bezirke ganz unmöglich ist. Die sind in sehr hohem Maße geographisch und wirtschaftlich mit den umliegenden oberösterreichischen Bezirken verbunden. Das ist von Oberösterreich und dem Reich nur auf Gefahr ihrer wirtschaftlichen Entwicklung abzutrennen werden können. Jede Teilung Oberösterreichs, auch wenn sie noch so geschickt vorgenommen würde, müßte ganz unhaltbare Zustände herbeiführen und feste Zusammenhänge sprengen, die für die weitere Lebensentwicklung der in Betracht kommenden Kreise unerschütterlich sind. Vollständig ist die Gefahr ein daß Oberösterreich als Ganzes zusammenbleiben muß und keine Aufteilung geradezu eine wirtschaftliche Unmöglichkeit bedeutet. Besonders auch bedeutet für die von Oberösterreich für den Wiederaufbau des zerstörten Landes zu erwartenden Leistungen. Diese können nicht groß sein, wenn wirtschaftlich seit Jahrhunderten aufeinandergebaute und aufeinander eingestellte Gebiete jetzt auseinandergerissen werden. Auf die möglichste Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungen steht die Politik der oberösterreichischen Gebiete an, wenn von einem wirtschaftlichen Wiederaufbau die Rede sein soll. Man darf annehmen, daß auch die internationalisierte Kommission bei diesen Argumenten nicht verharren wird, denn die Ergebnisse der Wahlprüfung zeigen, daß oberösterreichische Gebiete als ein Ganzes existiert, das so wie es ist bei Deutschland verbleiben muß.

Im englischen Reichstag und Oberhaus ist inzwischen der Vorschlag der eine 50-prozentige Abgabe des Wertes der eingeführten deutschen Waren vorzuschlagen, als ein angemessenes Vergütung für die von Deutschland mit diesem Gegenstande vorangegangenen, da es nur durch George gelegentlich in der Debatte betonte, nur durch Geld, nicht aber durch deutsche Arbeitsleistung oder Waren entschädigt werden kann. Bei den übrigen Ministern haben die Dinge erheblich anders. Sie alle haben großen Bedarf an deutschen Waren, so daß ein beträchtlicher Teil der Wiedergutmachung durch die Lieferung solcher Waren erfüllt werden könnte. Es ist aber anzunehmen, daß sie sich trotzdem dem englischen Beispiel anschließen und demnach ebenfalls einen dem englischen Vorbild entsprechenden Gegenstand ihren Kammer vorlegen werden. In Frankreich ist das gerade bereits geschehen. Es die Entente mit den auf diese Weise einzuziehenden Summen ihren Zweck erreichen wird, kann dahingelassen werden. Sie wird natürlich eine gewisse Summe auf diese Weise erhalten, in keinem Falle wird aber ihre Höhe auch nur im zehnten Teil mit dem verglichen werden können, was sie an jährlichen Forderungen von Deutschland beansprucht. Aller Wahrscheinlichkeit nach aber wird die 50-prozentige Abgabe sowohl eine Steigerung der deutschen Produktion herbeiführen, wie auch alle Verluste decken können, die deutsche Industrie in neutralen Gebieten zu erleiden.

Auf Grund des Artikels 23 des Versailler Vertrags hat die Entente in einer Note zur Zahlung von einer Milliarde Goldmark vor dem 23. März 1921 verlangt. Die deutsche Regierung hat die Zahlung dieser Goldmark abgelehnt. Es handelt sich dabei um folgenden: Auf Grund des erwähnten Artikels des Friedensvertrages sollte Deutschland bis zum 1. Mai 1921 in Gold, Waren, Schiffen, Eisenbahnen, oder sonstwie einen Wert von 20 Milliarden Gold an die Entente zahlen. Nach der deutschen Berechnung ist diese Summe durch die deutschen Lieferungen sogar überschritten worden, während die Reparationskommission die deutschen Lieferungen nur mit 8 Milliarden Goldmark berechnet und für die rückständigen 12 Milliarden eben die eine Goldmark bis zum 20. März als Abschlagszahlung verlangt hat. Es ist richtig, daß nach dem Buchstaben des Friedensvertrages die Reparationskommission das Recht hat, die deutschen Leistungen zu bewerten. Aber man wird wohl nicht davon reden können, daß eine solche Bewertung, bei der es sich um einen Unterschied von 12 Milliarden Gold handelt, nun endgültig sein dürfte. Es ist sowohl möglich, daß die deutsche Bewertung zu hoch, wie auch, daß die der Reparationskommission zu niedrig ist. Man kann dem Vorschlag der deutschen Regierung nun beistimmen, diese Bewertung einer aus Neutralen zu bildenden Kommission vorzulegen. Das ist, um Klarheit zu schaffen, unbedingt notwendig; es sind 4. 2. die Deutschen an England ausgelieferten Schiffe von der Reparationskommission mit 7 Milliarden eingestuft worden. Vielleicht ist die Reparationskommission zu einer beträchtlich niedrigeren Bewertung gekommen, weil die Schiffe in England geradezu zu Schrottpreisen verkauft werden. Eine solche, einer vorübergehenden Konjunktur entsprechende Bewertung durch denjenigen, der nicht weiß, was er mit den Schiffen anfangen soll, kann unmöglich für die Abrechnung zwischen Deutschland und der Entente Gerechtigkeit haben. Das wird sich sicherlich schon zeigen, wenn die Entente dem deutschen Vorschlag, die Angelegenheit einem neutralen Ausschuss zu unterbreiten, Folge leistet.

Wir hier bereits früher erwähnte Abmildigung der Ueberhörsichten im Ruhrkohlengebiet ist inzwischen Tatsache geworden: seit dem 14. März werden im Ruhrgebiet keine Ueberhörsichten mehr geleistet. In der Vergangenheit glaubt man trotzdem die Kohlenförderung auf der alten Höhe halten zu können, da das Ueberhörsichtenverfahren mit Unfällen und relativ hohen Minderleistungen im Gefolge gehabt hätte. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß die Kohlenförderung Deutschlands ohne das Verfahren der Ueberhörsichten sich auf der alten Höhe halten läßt. Mit mehreren 100 000 Tonnen Minderleistung pro Monat wird man rechnen müssen, wenn nicht in der nächsten Zeit irgend eine anderweitige Regelung gefunden werden sollte. Die deutschen Bergarbeiter, die bisher sozial verfahren sind, die schwierige Lage des Landes gezeigt haben, dürfen diese Angelegenheit nicht leicht nehmen. Die Abgabe von zwei Millionen Tonnen Kohle monatlich an die Entente geht weiter, und in England ist Ueberhörsicht an Kohle. Da muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die deutsche Industrie, wenn sie deutsche Kohle nicht in genügender Menge erhalten kann, von Texas von englischer Kohle abweicht. Das ist bereits geschehen, und mehr als ein Dampfer mit englischer Kohle in Fahrt in den deutschen Seehäfen gesehen worden. Für die deutsche Gesamtwirtschaft aber ist die Einfuhr englischer Kohle ein Hindernis, verhindert werden kann sie nicht, da die Bestimmungen des Handelsvertrages dem entgegen stehen. Wenn aber soll das führen, wenn die deutsche Arbeitsleistung nicht einmal den heimischen Bedarf an solchen Dingen deckt, die Deutschland aus eigenen Quellen sehr wohl decken kann? Hier muß zeitlichen Verzögerungen getroffen und von den maßgebenden Stellen verlangt werden, daß sie, gemeinsam mit den Verbänden, einen Ausweg finden.

Von Stufe zu Stufe.

Im Berliner Tageblatt stand in diesen Tagen das Interat eines neuen Berliner Kabarets „Die Kaskade“, in dem u. a. Ernst Lubitsch von Leopold Wölling, ehemalige kaiserliche Hofkapellmeister, ehemalsige kaiserliche Hofkapellmeister, in der Hauptrolle des Reichs „Hochzeitstanz“ angeführt wird. Diese Abmildigung enthält in konzentrierter Form ein Stückchen Kulturgeschichte.

Vor einigen Jahrzehnten hatte der ehemalige österreichische Erzherzog entzogen den Vorschriften des von höfischem Reglemente besonders eng gefassten Hauses Habsburg eine Schauspielerei, also eine bürgerliche Frau, gebräutet und zugleich auf alle Rechte aus seiner durchlauchtesten Herkunft verzichtet und den schlichten bürgerlichen Namen Leopold Wölling angenommen. Dieser Schritt brachte ihm innerlich manche Sympathien gewinnen. Später drangen jedoch sehr unaufrichtige Einzelheiten aus dieser vermeintlichen Niedertracht an die Öffentlichkeit, und das Ende war zuletzt die Scheidung mit allerlei Landeskassieren. Das war schon weniger schön. In den letzten Jahren hatte es gelegentlich fast den Anschein, als ob sich Leopold Wölling nach den Würden und gesellschaftlichen Vorzügen des kaiserlichen Hofes zurückzöge. Jetzt aber hat er offenbar einen neuen Fähigkeiten entsprechenden bürgerlichen Beruf gefunden. Er ist Vortragskünstler in einem Kabarett geworden.

Man könnte bei diesem Lebensschicksal tiefgründige Betrachtungen über die Vergänglichkeit allen irdischen Ruhmes anstellen. Man könnte sehr nachdenklich bei der Wahrnehmung werden, daß Menschen, deren geistige Fähigkeiten nur gerade hinreichen, um die gewöhnlichste Lebenswelt mit billigen Späßen zu unterhalten, bis vor zwei Jahrzehnten berufen gewesen sind, die Schicksale großer Völker zu lenken. Aber Leopold Wölling zeichnet sich sicherlich weniger durch seine laboretischen Leistungen, als durch eine geschickte Spekulation auf die Reue der Leute, die gewisse Kreise seinem Namen und seiner abenteuerlichen Persönlichkeit zweifellos entgegenbringen werden. Deshalb verdammt er es nicht, seine Verfall an irgendeiner oder mehreren früheren „Manöver“ während den Operngläubigen seiner Schwab, Schuber und Bekanten präzisieren.

Amerikanischer Sonderfrieden mit Deutschland.

Paris, 4. April. Davos meldet unter dem 3. April aus Washington: Alles scheint darauf hinzuweisen, daß die Forderung der Vereinigten Staaten bei der Regelung der internationalen Frage den Hinweis entsprechen wird, die in den letzten Tagen mehrfach veröffentlicht wurden, einerseits die Entscheidung gegen Frankreich, und zwar nicht nur in politischer, sondern auch in der öffentlichen Meinung gegen alle, was die äußere Politik der Vereinigten Staaten gegen die Politik der Reichsregierungen zu allgemeinen und besonders hinsichtlich des Völkerbundes einzuwenden haben würde. Sodann eine Aufforderung zugunsten der Entscheidung Anz für einen Sonderfrieden mit Deutschland und daneben noch, und zwar in politischen Kreisen zugunsten einer kategorischen Erklärung, daß keine Rede davon sein kann, den Verhandlungen ihre Schuld zu erlassen, was allerdings ein weitgehendes Entgegenkommen nicht ausschließen soll. Allerdings hat man Frankreich gegenüber fast einstimmig den Wunsch, es nicht im Stich zu lassen. Es ist bereits von den Vereinigten Staaten in Kenntnis gesetzt, daß sie nichts unternehmen wollen, was irgendwie als ein Fallstrich der Sache der Verbündeten betrachtet werden könnte. Man kann damit rechnen, daß die Entscheidung des Amerikaners Anz zur Annahme gelangen wird mit einem Anz, der für die französischen Wünsche befriedigend und gleichzeitig der Politik der republikanischen Partei entspricht.

Paris, 5. April. Senator Anz hat dem Ministerrat in Washington folgende Erklärung abgegeben: Frankreich, England, Italien, Japan und ganz Europa leben im Frieden mit Deutschland, nur Amerika befindet sich noch im Kriegszustand mit ihm. Das müßte aufhören. Amerika könne aber den Friedensvertrag von Versailles, der das Völkerbündnisstatut enthalte, nicht annehmen. Er enthalte Stipulationen über die Grenze in Mitteleuropa, die Amerika nicht interessieren, und Stipulationen im fernem Osten, denen Amerika nicht zustimmen könne. Die Amerikaner wollten jedoch nicht, daß über ihre zukünftigen Absichten Mißverständnisse herrschen, und damit weder Deutschland noch sonst jemand sich täusche, werde er seiner Resolution eine Zusatzklausel zufügen, daß, wenn der Zivilisation auf neue eine Gefahr drohe wie im Jahre 1914, die Vereinigten Staaten sich sofort bedroht fühlen und mit allen Ländern, die sich in Gefahr befinden, in Verbindung setzen würde. Senator Anz versprach dem Ministerrat, ihm die Zusatzklausel zu seiner Resolution mit der Begründung noch heute mitzuteilen. Diese Begründung sei in energischer Weise gehalten, und Stephens Lausanne glaube, sagen zu können, Senator Anz habe Stephens als ein Frankreich gedacht, als er sie geschrieben habe, denn sie enthalte eine feierliche Garantie für die Zukunft. Auf die Frage, warum die Resolution nichts über die Reparationspflicht enthalte, erklärte Anz, der amerikanische Senat habe die Pflicht, die Gegenwart zu regeln. Er könne nur die große politische Linie der Zukunft festlegen. Auf die Frage, ob er die Mitteilung von Harding über die moralische und materielle Verantwortlichkeit Deutschlands billige, habe der Senator geantwortet, jedenfalls willkommen. Die Resolution Anz werde im Senat im Mai zur Diskussion gelangen. Die Debatte werde lang und heftig sein. Die öffentliche Meinung in Frankreich würde Unrecht haben, wenn sie auf eine Zurückweisung rechne.

Paris, 5. April. Nach der „Chicago Tribune“ erklärte Stephane Lausanne, daß der französische Sondergesandte Riviani die Hoffnung aufgegeben habe, die Vereinigten Staaten zur Ratifizierung des Friedensvertrages von Versailles und zum Beitritt zum Völkerbund zu bewegen. Riviani scheint überzeugt zu sein, daß die Regierung Harding den Frieden mit Deutschland auf dem Wege der Resolution Anz herzustellen beabsichtige.

Darf man sich entrüsten?

Die Ermordung des Berliner Kommunistenführers Sülz ist zweifellos eine sehr bedauerliche Episode in der Niederkämpfung des kommunistischen Aufstandes, die sich bis dahin in einwandfreier Weise vollzogen hatte. Der Tatbestand ist noch nicht geklärt und wird vielleicht, wie in ähnlichen Fällen, niemals völlig geklärt werden. Sülz hat auf seinem Sterbebett bestritten, einen Mordversuch gemacht zu haben, und beteiligte Augenzeugen wollen kein Daranlautes deutlich beobachtet haben. Aber selbst wenn diese Zeugen recht haben, wird das normale Rechtsgefühl sich niemals damit einverstanden erklären, daß ein entweichender Mörder kurz vor dem Niedergelassen wird, am wenigsten innerhalb eines wohlverwahrten Gebäudes, das zurzeit der Tat nur unter Kontrolle steht und verlassen werden konnte.

Es liegt allen auf jeden Fall Anlaß vor, den Fall Sülz zu revidieren. Kein Anlaß aber liegt vor, die Entrüstung ins Maßlose zu steigern, wie das die Kommunisten zu durchsichtigen Zwecken gerne möchten. Denn wenn sich die Arbeiterkraft über den Fall Sülz so empören soll, daß sie zu den schwersten Missetaten und Waffen greift, so muß doch gefragt werden, ob da nicht auch die gleiche Entrüstung über kommunistische Untaten am Platz ist.

Wir greifen beispielsweise folgendes heraus: Im März stürmte am Donnerstag vormittag ein Kommunistenhaufen die Wohnung unseres Genossen Zimmer, der als Gewerkschaftsbeamter und Funktionär der Sozialdemokratischen Partei den Kommunisten seit langem verhaftet ist. Die Kommunisten zerstörten die gesamte Wohnungseinrichtung und mißhandelten den Genossen Zimmer so schwer, daß er schwer verwundet ins Krankenhaus geschickt werden mußte, wo er jetzt auf Leben und Tod dankend wartet.

Die Frage: Darf man sich darüber auch entrüsten? Oder ist eine Mordtat dadurch weniger verwerflich, weil sie an einem Sozialdemokraten, nicht an einem Kommunisten begangen wird? Nach kommunistischer Logik wohl. Denn bei

den Kommunisten findet man tatsächlich ganz allgemein jene urmenschenlichen Rechtsbegriffe, wonach gut ist, was einem selber nützt, und schlecht, was einem selber schadet. Wird ein Kommunist erschlagen, so ist das schlecht, wird aber ein Sozialdemokrat von einem Kommunisten getötet, so ist das gut. Tatsächlich haben nach der vielschichtigen Ermordung des sächsischen Kriegsministers Genossen Neuring durch kommunistischen Propaganda dieser Partei noch die Sitze besessen, die Tat zu verherrlichen.

Auf diese Moral mit doppeltem Boden lassen wir uns nicht ein. Wenn Mordtaten zur höchsten Entrüstung herausfordern, dann darf die Partei des Ermordeten keine Rolle spielen, dann darf es auch keine Rolle spielen, ob die Mörder Kommunisten oder Volkspolizisten waren. Aber das ist ja die heuchlerische Taktik der Kommunisten, daß sie selber die Methode der Gewalttaten preisen und sich anwenden, über Gewalttaten der Gegenseite aber ein Riesengeschrei erheben. Man schießt auf Polizeitruppen, und wenn man schießt, dann melde die „Rote Fahne“ triumphierend von kommunistischen Heldentaten. Schickt die Polizei aber wieder, so sind es Mörderbanden, Henkerstrolche, Bluthundel usw.

Es ist merkwürdig, daß mit dieser simplen und plumpen Methode die Kommunisten immer wieder Eindruck machen. Im Betriebsrat der U. C. G. in Berlin hat jüngst ein kommunistischer Vertrauensmann offen gestanden, wie man einen Entrüstungsstreik inszeniert: Die Kommunisten hatten die Partei ausgegeben, die Arbeiterkraft so aufzurufen, daß Gewerkschaften nicht mehr die Betriebsleitung sich veranlaßt sieht, Polizei herbeizurufen. Wenn man es dahin gebracht habe, dann sollte ein Entrüstungsstreik über die polizeiliche Festnahme des Vertrauensmannes inszeniert werden.

Diese Taktik wird von den Kommunisten überall angewendet. Man hat die Massen zu blöden, um zu sehen, daß sie, wenn sie die heuchlerische Entrüstung hören, nicht planmäßig reagieren werden und lieber jede kleine Maßnahme, die zur Unterdrückung der Bewegung angewandt wird, als ein Zeichen der Entrüstung annehmen. Aber beiße darf sich niemand entrüsten über die

zahlreichen Dynamitattentate, bei denen eine Anzahl unschuldiger Menschen das Leben gelassen hat, niemand darf sich entrüsten über die Bankräubereien, die Schienen Sprengungen und die Anschläge auf fahrende Eisenbahnzüge. Die Verbrecher, die diesen Wahnsinn vollführt haben, soll man womöglich als proletarische Helden preisen.

Wir stehen gemäß auf dem Standpunkt, daß auch bei der Abwehr gefährlichster Anschläge die Staatsgewalt streng auf dem Boden des Rechtes bleiben soll. Wir verurteilen es durchaus, wenn etwa planmäßig der Versuch gemacht wird, Ungeheuerlichkeit mit Ungeheuerlichkeit zu bekämpfen. Aber auf der anderen Seite darf man auch nicht verkennen, daß die Gefahr von Exzessen bei der Abwehr eines Aufstandes um so größer ist, je gewalttätiger die Aufstandsbewegung selber vorgeht. Nun arbeitet der jetzige Kommunistenaufstand mit noch nicht dagewesenen Mitteln. Heute, die ohne Rücksicht auf die Gefährdung unschuldiger Menschenleben pfundweise Dynamit und Rohurit hochgehen lassen, haben schließlich das geringste Recht zu schreiben, wenn sie nicht mit Samthandschuhen angefaßt werden. Wir verlangen, daß auch ihnen gegenüber das Recht gewahrt bleibt. Aber wenn von Seiten der Aufständischen so hundertfach gegen jedes menschliche Recht gestreift wird, dann soll man doch sehr mit der Entrüstung zurückhalten, wenn einmal auch in der Abwehr das Maß überschritten wird.

Der Fall Sülz soll damit um keinen Deut beschönigt werden. Aber wenn von der Arbeiterkraft deswegen die weitestgehenden Entrüstungsaktionen gefordert werden, so soll sie nicht vergessen, daß gerade die Leute, die dies fordern, hundertmal in der gleichen Weise Anlaß gegeben haben, sich über sie zu entrüsten. Wenn wir uns über Sülz entrüsten sollen, so nehmen wir für uns auch das Recht der Entrüstung in Anspruch über Taten, wie die an unserem Genossen Zimmer, über Dynamitattentate, über Anschläge auf Eisenbahnen, über gemeine Räubereien unter der Maske der revolutionären Aktion. Darüber entrüsten wir uns auch. E. K. v.

Danziger Nachrichten.

Rüffet zur Maifester.

Nur noch drei Wochen trennen uns vom Maifest, das das Volk der Arbeit sich selbst gegeben. Wie in den vorausgegangenen Jahren, so hat auch heuer die arbeitende Bevölkerung die Pflicht, den 1. Mai zu einem Tag der Kundgebungen ihres Denkens und Willens zu gestalten. Die ganze Welt soll es hören, daß für uns der Sozialismus nicht mehr eine Frage ferner Zukunft ist, sondern die immer gewaltiger werdende Forderung des Tages.

Demonstriert am 1. Mai für den Achttundentag, den wir um unserer Familien willen gegen alle seine Widersacher behaupten müssen!

Demonstriert für den sozialen Fortschritt, der überall auf dem Marsche ist, dessen Tempo aber noch riesenweit gesteigert werden muß!

Demonstriert für die Demokratie, deren Feinde sich wachslüster wieder Geltung zu verschaffen trachten!

Demonstriert für den Sozialismus, der alles für alle schafft, keinen Menschen hungern, frieren, unterdrücken, ausbeuten und knechten läßt!

Demonstriert für die Völkerverständigung, damit die allen glücklich Leben spendende Erde nimmer wieder ein grauenhaftes Menschenschlachthaus werde!

Sofort heran an die Organisation des Ganzen, und es wird gelingen, den 1. Mai, der diesmal auf einen Sonntag fällt, zu einem Volksfesttag aller bester Art zu machen. Entfaltet begeistert die roten Banner! Euer die Gegenwart, Euer die Zukunft, Euer die Welt, wenn ein Wille Euch alle zusammenhält!

Danziger Frauenchor e. V. Der Danziger Frauenchor, der im Oktober 1920 gegründet wurde, tritt am Sonntag, den 10. April, erstmalig mit einem Konzert vor die Öffentlichkeit in der Aula der Betriebschule. Frauenchor und Quartette, letztere von der Quartettvereinigung des Chors (12 Damen) gebildet, werden durch Einzelgesänge der Solistinnen des Vereins und die Mitwirkung der Geigerin Frau Jelski-Pogatski unterbrochen. Das Konzert beginnt pünktlich um 7 Uhr. Bezüglich des Kartenverkaufs verweisen wir auf die Anzeige in unserer Zeitung.

Tagung der Jungen- und Tuberkulosekranken. Der Verband der Jungen- und Tuberkulosekranken schickt uns einen Aufruf, in dem es heißt: Wir beabsichtigen eine Konferenz einzuberufen, die am 16. April tagen soll und von Delegierten derjenigen Heilanstalten beabsichtigt werden muß, in der das Schuh- und Kleidergeschäft abgehandelt wurde, um diese Angelegenheit gemeinsam regeln zu können. — Außerdem teilen wir mit, daß die Zeitung „Sonnenlicht“ nicht Organ des Verbandes ist. Der Verband gibt in kürzester Zeit eine Verbandszeitung heraus. Damit die Zeitung in die Hände aller Verbandsangehörigen gelangt, müssen uns die Adressen mitgeteilt werden. Alle Mitteilungen und Anfragen sind zu richten an den Vorsitzenden des Verbandes Paul Hennig, Berlin N.W. 87, Wielestraße 36, 2 Tr.

Rechtsprechung des Verbandes der Optiker-Gehilfen mit dem Deutschen Metallarbeiterverband. Der Gedanke des engeren gemeinschaftlichen Zusammenhanges zieht immer größere Kreise. Am 1. April ist der Verband der Optiker-Gehilfen in den Deutschen Metallarbeiterverband aufgegangen. Die Mitglieder des Optiker-Verbandes vereinigen sich an den einzelnen Orten zu einer besonderen Branche im Metallarbeiterverband, gemäß den Hebertritsvereinbarungen. Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes wendet sich an alle Mitgliedschaften und einzelne Mitglieder des Verbandes der Optiker-Gehilfen bis spätestens 30. April den Hebertritt zu vollziehen. Zu diesem Zwecke ruft auch die hiesige Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes alle Optiker-Gehilfen Danzigs auf, sich im Metallarbeiterverband zu vereinigen.

Die erste Versammlung wird auf Sonnabend, den 9. April, abends 6 Uhr, nach dem Sitzungssaal Gesellschaftsplatz 1-2, Zimmer 46, einberufen. Vollzähliger Besuch wird erwartet und werden die organisierten Arbeiter aufgefordert, alle Optiker-Gehilfen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Ein Kleingärtnerstag. Der Zentralverband der Kleingartenvereine Deutschlands (Sty Berlin SO. 16, Aspenider Straße 22a) beruft auf Pfingsten dieses Jahres einen allgemeinen Kleingärtnerstag. Eingeladen zu dieser Tagung Vertreter zu entsenden. Sind alle Vereine, Orts-, Landes- und sonstige Verbände von Kleingartenbewerkschaften, die gleichen und ähnlichen Bestrebungen verfolgen wie der einladende Zentralverband. Es liegt im wohlverstandenen Vorteil der organisierten Arbeiterschaft, die proletarische Kleingartenbewegung zu unterstützen. Der städtische und besonders der großstädtische Kleingarten, möge er als Laubengarten, Schrebergarten, Familiengarten oder sonstige bezeichnet werden, kommt heute mehr als jemals als die notwendig erweiterte Proletarierwohnung in Betracht, die vor allem der Gesundheitspflege des sonst der unmittelbaren Berührung mit der Erdscholle entzogenen Menschen zu dienen berufen ist. Er ist also eine schlechthin soziale Notwendigkeit. Gleichzeitig hat er aber auch auf weit absehbare Zeit hin noch eine nicht zu überschätzende ernährungswirtschaftliche Bedeutung. Näheres über den Zentralverband der Kleingartenvereine Deutschlands durch dessen Geschäftsstelle.

Eine einigartige Sonnenfinsternis kann man am 8. April beobachten. Die Zone der zentralen Finsternis geht durch Schottland und Nordwest-Norwegen; eine teilweise Verfinsternung kann man auch in ganz Europa, Afien einschließlich China, in Nordafrika und Amerika beobachten. Die Sonnenfinsternis beginnt um 8.30 Uhr und endet um 12.37 Uhr.

Aus den Gerichtssälen.

Unerschaltliche Wehrgeschäfte. Der Kaufmann Walter Bier, dessen Frau Marie Bier und der Aßerelgehilfe Adolf Rodt in Danzig hatten sich wegen unerlaubter Wehrgeschäfte vor dem Schöffengericht zu verantworten. Bier kaufte von Rodt Mehl für 378 Mark den Zentner. Rodt will das Mehl aus Polen bezogen haben. Das Gericht verurteilte Rodt wegen Schleichhandels und Höchstpreis-Überschreitung zu einem Monat Gefängnis, 1500 Mark Geldstrafe und Einziehung des übermäßigen Gewinns. Walter Bier wurde wegen Höchstpreisüberschreitung in drei Fällen zu 1500 Mark Geldstrafe und Einziehung des übermäßigen Gewinns, Frau Bier wegen Verkaufs ohne Marken zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der unbefugte Besitz von Waffen. Die Strafkammer verurteilte einen Landarbeiter in Rosenburg wegen unbefugten Waffenbesitzes auf Grund der Verordnung über Waffenbesitz vom 13. Januar 1919 und der Verordnung des Regierungspräsidenten vom 5. Februar 1919. Der Angeklagte legte Revision ein und das Obergericht kam zur unmittelbaren Freisprechung wegen dieser Tat. In der Begründung dieses wichtigen Urteils wird dargelegt: Die Strafkammer hat die Verordnung vom 13. Januar 1919 über den Waffenbesitz rechtmäßig angewandt. Der § 1 der Verordnung legt jedem Waffensbesitzer die Pflicht zur Ablieferung der Waffen binnen einer von der Behörde zu bestimmenden Frist auf. Diese Frist ist für Danzig durch die Verordnung des Regierungspräsidenten vom 5. Februar 1919 auf den 20. Februar 1919 bestimmt worden. In § 3 der Reichsverordnung enthaltene Strafandrohung hat jedoch nicht, wie die Strafkammer annimmt, das Zuwiderhandeln gegen § 1 zum Gegenstande, sondern beschränkt sich darauf, denjenigen mit Strafe zu belegen, der nach Ablauf der Ablieferungsfrist im unbefugten Besitz von Waffen oder Munition „betroffen“ wird. Demnach hätte im vorliegenden Falle eine Bestrafung des Angeklagten nur auf Grund der Feststellung erfolgen dürfen, daß er nach dem 20. Februar 1919 im Besitze von Waffen „betroffen“ worden ist. Die Feststellung der Strafkammer, der Angeklagte habe entgegen der Verordnung vom 13. Januar 1919 einen Karabiner nicht abgegeben, stellt einen strafbaren Tatbestand nicht dar. Auf Grund dieser Feststellung ist der Angeklagte freizusprechen.

Handelsdiebstahl in Danzig. Der Arbeitermeister Alfred Kortwilt und der Arbeiter Otto Penzel in Danzig verübten in Danzig mehrere einfache und schwere Diebstähle in Wohnungen. Die Strafkammer verurteilte Kortwilt wegen Diebstahls in 6 Fällen zu 2 Jahren Gefängnis und Penzel wegen Diebstahls in einem Falle zu 9 Monaten Gefängnis.

Die strafbare Mitwirkung an einer Straftat. Vielfach glauben Angeklagte, daß sie nicht bestraft werden könnten, wenn sie persönlich an der Ausführung einer Straftat nicht vollständig teilgenommen haben. Sie wollen als neugierige Zuschauer gelten und straflos bleiben. Diese Ansicht ist nicht richtig. Das Obergericht verurteilte in einer Sache gegen drei Landarbeiter, die gemeinschaftlich einen Einbruchsdiebstahl in einen Kuhstall ausführten. Sie wurden von der Strafkammer verurteilt und legten Revision ein. Das Obergericht verwirft die Revision und in dem Urteil des Obergerichts wird ausgeführt: Die gemeinschaftliche Ausführung einer strafbaren Handlung durch Mehrere setzt nicht voraus, daß ein jeder der Mittäter sich an der Verwirklichung jedes einzelnen Tatbestandsmerkmals der Straftat beteiligt oder auch nur, daß jeder Mittäter eine Tatbestandshandlung vornimmt. Gemeinschaftliche Ausführung liegt vor, auch bei demjenigen vor, der mit dem auf die Verwirklichung der Tat als seiner eigenen gerichteten Vorhaben überhaupt an der Ausführung teilnimmt. Es genügt daher schon irgend eine mit dem Täterwillen erfolgende, der Vollendung der Tat vorangehende Mitwirkung zur Verwirklichung des Tatbestandes, wie auch eine fördernde und unterstützende geistige Tätigkeit. Es können deshalb die Rollen unter den Teilnehmern in der Weise verteilt werden, daß einem oder mehreren von ihnen die Ausführung der Tat in der Hauptsache allein überlassen, den übrigen nur eine unterstützende Tätigkeit übertragen ist. Auch dann haftet vermöge des gemeinschaftlichen verbrecherischen Willens und der gemeinschaftlichen Beteiligung an der Tat jeder der Mitwirkenden für den Gesamterfolg, soweit sein Wille diesen umfaßt.

Schwindel mit Hilfe einer Gefängnisbekanntschaft. Der Künstler Kurt Bolhoff in Danzig machte im Gefängnis die Bekanntschaft mit einem Klempnermeister. Der Künstler kam nun früher in die Freiheit, als der Klempnermeister und nun wollte der Künstler seine Bekanntschaft „realisieren“. Er ging zu der Frau Weisler, stellte sich als Gefängnisbekannter des Mannes vor und teilte mit, der Mann mache ein Paar Unterhosen, 50 Mark und 50 Zigaretten im Gefängnis haben und Bolhoff wolle es im Gefängnis schmuggeln. Die Frau ließ sich betören, gab die Sachen, doch der Künstler behielt sie für sich. In dieser Schwindel gelungen war, kam der Künstler nach 8 Tagen wieder und verlangte nun einen Anzug, einen Paletot und einen Hut. Diesmal aber war die Frau untraulich und ging auf die Sache nicht mehr ein. Das Schöffengericht verurteilte Bolhoff zu 8 Monaten Gefängnis wegen Betruges und Versuches.

S. P. D. Parteinachrichten.

Vertrauensleute des Sozialdemokratischen Vereines Danzig-Stadt. Am Mittwoch, den 6. April, abends 6 1/2 Uhr, in der Aula Heilige Geistgasse 111:

Große Vertrauensmännerversammlung. Erscheinen sämtlicher Betriebsvertrauensleute und Parteifunktionäre ist erforderlich.

Verein Arbeiter-Jugend Danzig. Mittwoch, den 6. April, abends 7 Uhr im Jugendheim, Weibengasse 2, (Zimmer 81, 2. Stock) **Jahressversammlung.** Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Verein Arbeiterjugend Ohra. Donnerstag, den 7. April, abends 7 Uhr im Jugendheim (Eogl. Schule) a u f e r o r d e n t l i c h e **Jahressversammlung.** Da diese Versammlung außerordentlich wichtig ist, ist es Pflicht aller Mitglieder, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Der Sternsteinhof.

Eine Vorgeschichte von Ludwig Anzengruber.

(Fortsetzung.)

Am einem Abende der letzten Woche war es, daß in der letzten Ecke des Ortes zwei Gesichter sich anstarrten, aus denen jeder Tropfen Blutess geschwanden war.

Nach langem peinlichem Schweigen löste sich der Krampf des einen und wie unter Fieberfrostschütteln fielen die Worte: „Du darfst mich nicht in der Zehnde lassen.“

Das löste auch die andere Junge, sie machte am trockenen Gaumen geklebt haben, so heiser klang es: „Ich weiß mir da kein Mal, als ihr müßt's hinaus af' n'eri, dem Alten unter die Augen.“

Nun folgte erst ein verstärktes, zielloses Hin- und Widerreden und zuletzt eine in angstvoller Hast sich überstürzende Einigung. Eine ganze Nacht ging dem sonnenden Morgen voraus. Der Reis lag nach auf den jungen Gesägern und Wäldern, als sich zwei Frauenzimmer durch das Dorf schlüpfen, jacht, als scheuten sie den hellen ihrer eigenen Tritte, über die Straße hülchten und den Weg nach dem Sternsteinhofe einschlugen.

Das Gefinde machte große Augen, als es so in aller Frühe morgens die Zinshofer mit ihrer Dirn heranziehen sah. Die Junge schritt aufrecht an Anechten und Mädchen vorüber und gab ihnen nicht Gruß, noch Wort; die Alte folgte buchstäblich nach, sie nickte jedem und jeder zu und grüßte mit einsehmelzender Freundlichkeit.

Man achselzuckte und lachte hinter den beiden her. Was das Anzuga wohl zu bedeuten hätte?

Der Sternsteinhofbauer, als mit Tom beim Frühstück. Er blickte verwundert auf, als es an der Tür klopfte. Tom sprach schamlos, er sollte seine Pfeife auf der Tisch, erhob sich und schmeckte die Zähne.

„Vater,“ sagte er bedeutungslos.

Die beiden Vereintretenden nimmten ihren Gruß und blieben an der Stelle stehen. Hier knickte das Mädchen tief den Kopf, während es die Alte für passend hielt, eine so freie Haltung anzunehmen, als sich mit dem Respekt vor dem großen Bauern und ihren mühen Knochen vertrat. Sie fand es da ganz am Platze, die beidseitige Mutter hervorzuführen, beiseite aber nicht die in ihrem Kind, sondern die durch daselbe belebte; sie fixierte mit kaltem Blicken den Aufsteckmann und die zusammengekauerten Äpfel ihrer Tochter; eine strenge Mutter die gewillt ist, ihre Verzeihung von der Nachsicht und Verzeihung anderer abhängig zu machen.

Der Bauer schmauchte seine Pfeife ruhig fort, tat einen flüchtigen Blick nach den schmeichelnden Frauenzimmern, sah dann eine gute Weile seinem Sohne boshaft in das Gesicht, ehe er ihn barsch fragte: „Was soll denn das?“

„Das ist sie, Vater,“ begann der Burche mit stardendem Atem. „Ich will, — daß du sie sehen sollst, — weil du sie ja gar noch nicht kennst.“

„War ein ganz unnötig Herbumhän,“ murkte der Bauer. „Du sagst auch nicht aufher an Sad.“

„Hab doch ein Erbarmen mit den armen, verschredten Weibsknechten,“ bat Tom. „Gör eher an, was sie zu sagen haben; du weißt gar nicht, wie du dich verständigst, wann du jetzt noch alles im Vorhinein verredst.“

Der Alte zog die Brauen in die Höhe. „Cho! Willst du mich vor einer Verstandigung fürchten machen? Von einer meiniger kann da kein Red sein und für a fremde hab doch ich nicht aufzukommen! Hebringers mügen die Weibsknecht sagen, was sie zu sagen haben, aber du meng dich mit kein Wöckel drein, das beding ich mir aus, sonst sein wir gleich fertig!“

„Ent, Vater, ich werd mich mit kein Wöckel einmengen,“ beteuerte Tom. „Bei allem, was du angiebt und kuff, will ich an mich halten! Aber das sag dir auch gesagt sein und merk dir es aut, wie du dichheit nimmst und gibst, das entscheidet zwischen uns zwei für alle künftige Zeit.“

„Schau, Bub, dröhen mußt nit,“ fiel ihm der Bauer mit onschmeiner Gutmütigkeit in die Rede. „3 Trohen führt zu nit; drum hab ich mich auch gegen dich ganz abgewöhnt. Daß du da Weibsknecht ihre Sach vorbringen, wer weiß, vielleicht kommt ich mit ihnen besser auseinander, wie du denkst.“ Er wandte sich nach der Türe. „Na, so red'!“ Die so gerabey Aufgeforderten lange keine Worte zu finden vermochten, trat er ganz nahe an die Dirne heran. „Dich hätte ich wohl für ledker gehalten, wo du doch da auf'm Sternsteinhof Bauerin werden willst!“

„Dein Sohn hat mich so versprochen,“ sprach leise die Dirne unter der Rede räusperte, und du wirst ihm wohl daraus kein Vorwurf machen, Sternsteinhofbauer, daß er auf Ehr hallt!“

„Gar nit, 3 Versprechen ist recht ehrbar, aber was es halten angeht, da hab ich eben auch ein Wöckel drein zu reden, —“

„Das is vor Gott und Menschen dein Recht.“

„Daran hätte er eben denken sollen, bevor er verspricht.“

„Ich hätte mich nit hergetraut, wenn ich mir nit gewiß wäre, daß ich dir einmal herob'n kein Schand machen würd; weil ich

mit aber des gewiß bin, daß ich dir in keinem Weg eine macher tät, so bin ich gekommen, dich mit aufgehobenen Händen zu bitten, laß du ihn sein Wort halten!“

Der Bauer kniff die Augen zusammen. Dreißter werdend, fuhr die Dirne fort: „Alles Vertrauen hab ich zu dir. Schau, was ich schriftlich von ihm hab, —“

„3 hat kein Gältigkeit,“ schaltete der Alte ein.

„Du jagst es und dir muß ich glauben. Aber in deine Hände leg ich es zurück,“ sie drückte ihm das gerunterte Papier in die Rechte, welche sie dabei mit beiden Händen anfaßte und nicht mehr losließ. „Sein mündlich Wort auch, mein ganzes Glück und Leben, mein Ehr und Hoffen leg ich in deine Hand, von dir allein erwart ich's wieder!“ Sie sah ihn mit großen, stehenden Augen an, die sich langsam mit Tränen füllten, so daß jetzt Tropfen auf Tropfen über ihre Wangen rollte.

Der Bauer trat einen Schritt zurück und sagte, die Achsel kuppelnd, zur Alte: „Zinshoferin, du wirst einsehen, all das sein Kinderlein, das kann nit sein und geht nit an! Mich bauert das junge Blut, aber das ganze jammerige Getu wär uns allzusamm erparat bleiben, hättest du, wie sich's gehört, dein Dien bewacht.“

Die Alte blickte mit verdrehten Augen nach der Schubende auf, die sollte Zeuge sein, wie hart und ungerecht sie da angeklagt wurde.

Der Bauer hatte das Heiratsversprechen Tomis entfallen. Gelenen zwatzen die Finger, es wieder an sich zu nehmen.

Der Alte sagte, aber die Achsel hinweg, rauh zu Tom: „Da siehst man, was dabei herauskommt, wenn Bubben kaum aus der Schul, sich in solche Sachen einlassen. Daß dir dein Lehrgeld zurückgeben, Schreibst da „seingzeit“ und solltest doch wissen, daß es nach der Schrift „seiner Zeit“ heißen muß.“ Er zerriß das Blatt in kleine Stücke, die auf die Tische niederstoben.

„Da warf sich Helene vor ihm auf die Knie. „Sternsteinhofbauer,“ kreischte sie, „so wahr du auf a glückselige Sterbtag hoffst, beug nit aus, red nit herum, erbarm dich meiner Not! Ich hab ganz af'm Tom sein Wort vertraut, — sei du nit dawider, daß es mir gibt, was er mir genommen, mein Ehr!“ Sie rang, laut ausschlagend die Hände.

„Nun, elendiger!“ schrie der Alte. „So weit is es schon nach dir, daß dir kein Gewissen draus mocht, eine ins Geld zu bringen?! — Steh auf, Dirn! Steh auf, sag ich!“

„Nit eher, Sternsteinhofbauer, um die Welt, nit eher und nicht ich ein Gvialeit daliegen, bis du verzeihst und mich mit ihm zusammengießt!“

(Fortsetzung folgt)

Danziger Nachrichten.

Zu den vom Völkerbund verlangten Verfassungsänderungen

hat die deutschnationale und die Zentrumsfraktion folgenden Antrag eingebracht: Der Volkstag beschließt:

Der Volkstag der Freien Stadt Danzig nimmt zu der Entscheidung des Rates des Völkerbundes vom 2. März 1921 wie folgt Stellung:

1. Die Verfassung der Freien Stadt Danzig ist infolge der Konstituierungsurkunde vom 27. Oktober 1920 (9. November 1920) und des Beschlusses des Rates des Völkerbundes vom 17. November 1920 mit Wirkung vom 18. November 1920 gemäß Artikel 108 des Friedensvertrages von Versailles in Kraft getreten; sie ist gleichzeitig unter Garantie des Völkerbundes gestellt. Hierbei ist der Freien Stadt Danzig lediglich die Auflage gemacht, die in dem Beschlusse vom 17. November 1920 unter a bis g näher bezeichneten Änderungen vorzunehmen. Demgemäß können darüber hinaus und in Zukunft Änderungen der Verfassung nur in den Formen des Artikels 48 der Verfassung durch übereinstimmenden Beschluß des Volkstages und des Senats oder durch Volksentscheid zustandekommen.

2. Der Volkstag hält es, abgesehen hiervon, nicht für zweckmäßig, und nicht im Interesse einer gesicherten und friedlichen Lage der Freien Stadt Danzig liegend, die Amtsdauer der 8 Senatoren im Hauptamt, welche zusammen mit 14 Senatoren im Nebenamt den Senat bilden, zu verlängern. Der Volkstag hält es ferner nicht für geboten, die Verantwortlichkeit der Senatoren, insbesondere der Senatoren im Hauptamt anders zu regeln, wie dies in den Artikeln 38, 39, 42 und 49 vorgesehen ist. Jeder Versuch, die Verfassung zu ändern, würde im gegenwärtigen Zeitpunkt zu einer tieferen Erschütterung des Staatswesens führen, da er heftige innere Kämpfe (!) zur Folge hätte.

Dah sich die Deutschnationalen, entsprechend ihrer reaktionären Tradition, entschieden gegen die freiheitliche Änderung der Danziger Verfassung wenden werden, war ja selbstverständlich. Sie hätten aber wenigstens in aufsichtiger Weise sich nicht auf die verfassungsmäßigen Wege der Abänderung berufen sollen. Der Deutschnationalen Partei steht es wahrlich schlecht an, grundsätzlich den verfassungsmäßigen Weg derartiger Änderungen zu betonen. Wir weisen mit Sicherheit darauf, daß die Deutschnationalen diese verfassungsmäßigen Formen vollständig außer Acht lassen würden, wenn die verlangten Änderungen in der Richtung ihrer monarchistischen Ziele liegen würden. Die Praxis hat ja auch gezeigt, daß der in deutschnationalen Lager geborene App-Bußschuß in keiner Weise um die verfassungsmäßigen Wege einer Änderung der Staatsform fehrte. Der zweite Absatz des Antrages wird übrigens so deutlich, daß die im ersten Absatz versuchte Verleumdung der Deutschnationalen Wünsche durchaus verständlich ist. Eigenartig muß es zunächst anmuten, daß es im Antrag nicht für zweckmäßig gehalten wird, die Amtsdauer sowie die Verantwortlichkeit des Hauptsenats anders zu regeln, weil diese Änderungen angeblich nicht im Interesse einer gesicherten und friedlichen Lage des Freistaates liegen. Bisher hat die Praxis nur gezeigt, daß gerade die bestehende Regelung einen erheblichen Anteil daran hat, daß wir noch nicht zu einer besseren Entwicklung im Freistaat selbst gekommen sind. Oder gilt der jetzt bestehende Zustand bei den Deutschnationalen bereits als gesichert und friedlich? Ganz unverständlich dürfte jedoch der Schlüsselpassus des Antrages sein. Was soll die Selbstlosigkeit unter den angeführten heftigen inneren Kämpfen verstehen, die der Versuch einer Verfassungsänderung nach Ankündigung dieses Antrages zur Folge haben soll. Die parlamentarischen Kämpfe, die sich aufgrund des jetzigen unhaltbaren Zustandes herausgebildet haben, können doch kaum noch schärfere Formen annehmen. Oder haben die Deutschnationalen und das Zentrum auch in Erwägung gezogen den heißgeliebten Dauer Senat auch auf der Straße zu verteidigen?

Die Rolle die in dieser Frage das Zentrum als untertäniger Vasall der Deutschnationalen wieder einmal spielt, kann ja nach der reaktionären Betätigung des zentralistischen Hauptsenators Schümmer nicht mehr verwundern. Die Wahrung der Arbeiter- und Volksinteressen konnte vom Zentrum ja erstlich noch nie erwartet werden. Doch fehlt bei der Unterzeichnung dieses Antrages merkwürdigerweise der Dritte vom Blochbündnis, die Deutsche Partei. Man kann nur annehmen, daß es dieser Fraktion unklug erschien, sich gegen die Forderungen des Völkerbundes in derartiger Weise zu spreizen. Oder es bleibt auch die Annahme, daß selbst der Deutschen Partei das in diesem Antrage enthaltene deutschnationale Gaukelstück zu plump und offensichtlich ist.

Eingereichte der Ausweiskarten zur Erlangung der neuen Nahrungshauptkarten. Der Magistrat bittet uns, nochmals darauf hinzuweisen, daß die Hauswirte, die die ihnen von den Haushaltungen abzuliefernden Ausweise zur Erlangung der neuen Nahrungshauptkarten noch nicht der Nahrungskartenstelle bezw. den Nahrungskartenzweigstellen eingereicht haben, dieses sofort, spätestens bis Donnerstag,

Danziger Stadttheater.

„Sonnens Geheimnis“. Musikalisches Intermezzo von Wolf-Ferrari. — Die Schwestern Wiesenthal.

Das Belanghaftere des zweitägigen Abends ging voraus: Ein einaktiges Musikdramat des erfolgreichen Deutsch-Italiensers Wolf-Ferrari, (der vom deutschen Vater und der italienischen Mutter seinen Namen führt) der auf dem Gebiet der komischen Oper mit den „Neugierigen Frauen“, „Der Liebhaber als Arzt“ und „Der Grabhauer“ berechtigtes Aufsehen erregte. Wolf-Ferrari, der anfangs betont in Stoff und Stil gegen Wagner Front machte, hat sich jedoch gemacht und balanciert heute zwischen der italienischen Opera buffa, dem französischen Verismo und der Spieloper im deutschen Sinne hin und her.

Das Geheimnis der Gräfin Salsone besteht darin, daß sie in Abwesenheit ihres sie ein wenig vernachlässigenden Gemahls auf den Gedanken kommt, Sigaretten zu rauchen. Und man kann es ihr nicht verdenken, daß sie davon Geschmack findet, zumal sie gestern die kostliche Manoli „Puffstich“ waren und zumal die Dämmersünde kommt und zumal die verbotenen Früchte die süßesten sind. Der Gatte, ein leidenschaftlicher Nichtraucher, wittert in dem Sigarettenrauch einen Liebhaber, worin ihm das äusserst ängstliche Gebilde seiner Frau bestärkt, bis er sich einmal, da er sie in flagranti zu ertappen hofft, an der noch glühenden Sigarette verbrannt, wodurch die ganze Sache aufklärt und der Eifersüchtige zum Raucher bekehrt wird. Diesen ziemlich albernem Vorgang hat Wolf-Ferrari in eine Musik gelacht, die sein leichtes, bewegliches Instrumental vertritt. Kann Oper, aber doch eigentlich mehr als Operette ist sie eine elegant, sehr graziose und stark sinnliche Salonmusik, die von ein paar Banalitäten abgesehen, sehr wohl gefallen kann, wenn sie auch im allgemeinen ziemlich stark parfümiert ist. Gleich das flötliche und geschmackvoll hingeworfene Vorspiel nimmt an. Und auch sonst in der Partitur begegnet man vielfach hübschen,

den 7. d. Mts. bemerkenswerten müssen. Ebenso müssen die Haushaltungen, die aus Baumstücken oder aus einem sonstigen Grunde die Ausweise ihrem Hauswirt noch nicht abgeliefert haben, das sofort nachholen, da sonst unliebsame Verzögerungen bei der Ausgabe der neuen Nahrungshauptkarten entstehen können.

Ein neuer Vorstoß der Agrarier?

Wieder einmal hatten die Agrarier eine günstige Gelegenheit zu einem neuen Vorstoß für die Freigabe der schrankenlosen Auswanderung der Bevölkerung anerkennend zu bekommen. Eine darauf abzielende Offensive eröffnet ein Blatt der Danziger Zeitung, in dem er die Not der Landwirte in herzerregender Weise zu schildern versteht. Diebstahl müssen zur Abwehrung wieder einmal die erhöhten Arbeitslöhne zur Begründung der Preisforderungen herhalten. Der Verfasser des Eingelands verbreitet sich darüber u. a. wie folgt: „Die Lohnverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Kreise Danziger Riederung sind zum Abschluß gekommen. Als Ergebnis ist eine neue gewaltige Steigerung der Löhne der Landarbeiter zu blicken. Nur steht der Landwirt wieder vor der Deduktionsfrage der Mehrkosten an Löhnen. Ist dies Deduktionsfrage recht beunruhigend ist, geht wohl daraus hervor, daß die Mehrkosten an Löhnen für das laufende Jahr in meiner 800 Morgen großen Wirtschaft bei vorläufiger Berechnung circa 60 000 Mark betragen werden. Der Kaufmann und Industrielle schlägt einfach die Mehrkosten auf den Verkaufspreis seiner Ware, dem Landwirt sind durch die Zwangsbewirtschaftung und durch die Höchstpreise Hände und Füße gebunden.“

Es scheint sich nun ein Beifall darüber an, daß der Landwirt seine Preise nicht ausschließlich nach seinem Willen bestimmen kann. Besondere Schmerzen verursachen diesem menschenfreundlichen Agrarier die Preise für Milch und Erzeugnisse, obwohl die Behörden doch gerade bei diesen Produkten den Agrariern mit einer unhaltbaren Preispolitik entgegengekommen sind. Das Eingelands warnt auch das alle Märkte wieder auf, daß der Landwirt Geld ausgeben muß und läßt es auch an der Erhöhung der Einfuhrung der ersten Wirtschaftsweise nicht fehlen. Bisher hat man in der Praxis nur immer das Gegenteil von der behaupteten Unrentabilität der Landwirtschaft feststellen können. Wenn das Eingelands mit der Aufforderung schließt: „Geht dem Landwirt, was der Landwirt ist“ so möchten wir die ersten sein, um dieser Forderung zuzustimmen. Man gebe den Landwirten nur die Preise, die sie nach der Berechnung der Erzeugungskosten mit einem entsprechenden Aufschlag zur Bestreitung ihrer sonstigen persönlichen Lebensbedürfnisse billigerweise beanspruchen können und lasse die Landwirtschaft nicht noch weiterhin auf Kosten der mitleidenden Bevölkerung Zuschüsse machen. Hinter den immer wiederholten Forderungen auf Erhöhung der Preise für ihre Produkte, verbirgt sich bei den Landwirten nur die profitkapitalistische Sucht immer neue Gewinne aus dem Volke herauszuschinden. Mit dieser Politik muß endlich einmal aufgehört werden, wenn die mitleidigste Bevölkerung nicht zur Verzweiflung getrieben werden soll. Von den Behörden muß verlangt werden, daß sie allen Forderungen und Forderungen der Landwirte entschieden widerstehen, wenn sie andererseits nicht der großen Schmach der deutschnationalen Agrarier teilhaftig werden wollen, unsere wirtschaftlichen Verhältnisse rettungslos einer Katastrophe entgegenzuführen.

Die Diensträume des 8. Polizeireviere sind vom 5. April von Straußgasse 9 nach Weibengasse 2 (Kletterferne) verlegt worden.

Die Ausstellung der Midanziger Bauzeichnungen, die vom Heimatbund im Zeughaus veranstaltet wird, wird bis zum 11. April verlängert.

Der Beginn der Quäkterpfelungen mußte, wie mitgeteilt wird, bis zum 11. April ausgesetzt werden.

Eine öffentliche Mieterversammlung findet am Donnerstag, den 7. April, abends 7 Uhr, in Neufahrwasser im großen Saal des Gesellschaftshauses, Sapperstraße statt. Die Mieter werden aufgefordert, in ihrem eigenen Interesse für guten Besuch der Versammlung zu werden und vollständig zu erscheinen.

Das Danziger Adressbuch für 1921 liegt nunmehr fertig vor. In der ersten Teil des Adressbuches, in der Namensfolge und ebenso im Strahenteil sind alle Haushaltungsvorstände und mit Ausnahme der Hausbedienten alle einem eigenen Beruf angehörigen Mitglieder der Haushalte aufgenommen, schätzungsweise insgesamt etwa 78 000 Personen, einschließlic der Firmen, Behörden und juristischen Personen. Eine völlige Umgruppierung des Stoffes ist für den dritten, den Behördenenteil, durch die staatliche Umwidmung in Danzig erfolgt. Von Wichtigkeit ist noch der fünfte Teil mit statistischen Angaben aller Art, den Steuerzügen und den

wenn auch nicht gerade sehr originellen Einfällen. Da ist besonders sein geraten die erste Szenenfolge, da der Graf zwischen verlebter Zärtlichkeit und leise aufkeimender Eifersucht noch schwankt; auch das wunderhübsche Duett „Denst du, Geliebte“, mit der reizvollen Filigranarbeit des Orchesterparties ist durchaus wertvoll, wie überhaupt die Partite der Gräfin, für die die ganze Symphonie des Komponisten sich bereitwillig anlehnt, besonders bevorzugt ist, im Gegensatz zu der des Grafen, wo man z. B. in der Lobhudelei eine heillosen Verkrampfung und Grobschlächtigkeit begegnet. Die ganze Musik wirkt wie der süße Duft einer Sigarette und ist wie sie, von der bekanntlich Oscar Wilde das hübsche Wort prägte: „sie ist köstlich und läßt doch unbefriedigt“. Immerhin war es interessant, daß Stücken, das, wenn ich nicht irre, bald zwölf Jahre alt ist, endlich hier als „Neuheit“ kennen gelernt zu haben.

Die sehr verständnisvolle und klare Interpretation der Musik durch Kapellmeister Otto Selberg sicherte dem Opernabend einen herzlichen Erfolg, an dem vor allem auch Gilda Paumann, die die Rolle der Salsone in hervorragender Weise durchführte, einen Hauptanteil hatte. So sicher und gewinnend sein Spiel war, so wenig zeigte sich Bergmann als adäquater Bariton die rechte Eignung für diese Partie; auch seine textliche Unverständlichkeit setzte gestern abend wieder Triumph.

Dem Werke folgten acht Tanzdarbietungen der Schwestern Wiesenthal (Gise, Berta und Martha) auf die wir morgen noch zurückkommen werden. W. O.

Das Leipziger Gewandhaus-Quartett in Danzig. Die ganz einzigartige Kunst dieses Quartetts ist aus dem vorjährigen Gastspiel noch in aller Erinnerung. Der Danziger Orchesterdirektor hat das Quartett nun zu einem Kammermusikfest am 21. und 22. April in Danzig gewonnen. Zugleich wird das Leipziger Trio an einem dieser Tage mitwirken.

Schönwärdigkeit der Stadt und haben einem sorgfältig gearbeiteten Sachregister eine Chronik aller wichtigen Ereignisse des Jahres 1920. Das Adressbuch ist mit der vorliegenden Ausgabe im 25. Jahrgang im Verlage von H. B. Rosemann erschienen.

Eigentümer gesucht. Die unversehrte Auguste Boguski stahl aus einem Fleischladen in der Hauptstraße in Danzig ein Stück Fleisch. Sie wurde verfolgt und wegen Minderbraudes festgenommen. Bei ihrer Einlieferung in das Polizeigefängnis fand man 3 silberne Herrenuhren in Kapiteln und eine schwere goldene Herrenuhr. Sie räumt ein, diese Uhren gelegentlich eines Verkehrs mit Männern gestohlen zu haben. Die Bestohlenen werden erucht, sich zwecks Entgegennahme dieser Uhren bei der Kriminal-Polizei, Zimmer 38, in den Dienststunden von 8—3 Uhr zu melden.

Ermittelte Täter eines Ueberfallens. Am 8. März wurde der Banksekretär Kasimir von Ossowski auf dem Heumarkt von 3 bisher unbekanntem Männern überfallen, durch Messerliche verlegt und seiner Barchose von 500 Mark und eines Füllfederhalters beraubt. Nunmehr ist es der Kriminal-Polizei gelungen, die Täter zu ermitteln und hinter Schloß und Riegel zu bringen. Als Täter sind ermittelt: Arbeiter Albert Ewandowski und Bernhard Kopfle, Schönfelderweg, sowie der Mieter Paul Weinberg aus Danzig. Sämtliche Festgenommenen geben zu, mit dem Ueberfallenen zur fraglichen Zeit auf dem Heumarkt gewesen zu sein, stellen die Tat aber in Abrede. Gegenüberstellung konnte noch nicht stattfinden, da der Verletzte sich noch im Städtischen Krankenhaus befindet.

S. P. D. Parteinachrichten.

9. Bezirk. Freitag, den 8. April, abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Blanken Tonnchen“, Heumarkt 10, Bezirksversammlung. 1. Vortrag des Gen. Arczynski: Sozialismus, Kommunismus. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes.

12. Bezirk (Brölen). Donnerstag, den 7. April, abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Lokal „Fromm“, Danzigerstraße, Bezirksversammlung. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Am Sonnabend, den 9. April, abds. 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, in der Aula Heilige Geistgasse 111, findet der 2. literarische Vortrag des Gen. Dr. Bing statt und zwar wird der Vortragende diesmal das Leben und Schaffen Georg Büchners behandeln. Karten zum: Preise von 1 Mk. sind in der Buchhandlung Volkswacht, Am Spandhaus 6 und im Parteibüro, 4. Damm 7, 3 Tr. sowie an der Abendkasse erhältlich.

Alle Gewerkschaftler

denen die Erhaltung der Einheit und Schlagfertigkeit der freien Gewerkschaften gegenüber den Zerstückelungsabsichten der Kommunisten am Herzen liegt, sind verpflichtet, die Versammlungen der Gewerkschaften vollständig zu besuchen.

Stundensamt vom 6. April 1921.

Todesfälle: E. d. Schmieds Franz Spannmann, 1 J. 1 M. — Kriegsinvalide Walter Krause, 42 J. 6 M. — E. d. Arbeiters Mag Müller, 8 M. — Frau Pauline Lange geb. Polz, 57 J. 8 M. — Witwe Johanna Wiegand geb. Nissel, 52 J. 2 M. — E. d. Arbeiters Friedrich Hirschbeck, 1 J. 4 M. — E. d. Schneiders Johann Schlegel, 7 M. — Hospitalität Rosa Kröder, 83 J. 2 M. — E. d. Tischlers Rudolf Domle, 1 J. 7 M. — Arbeiter Mag Prebusch, fast 27 J. — Unheilig: 2 Töchter.

BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher

Wasserstandsnahe am 6. April 1921.

	gestern	heute	gestern	heute
Jawisch	—	—	Dirschau	2,12 — 2,06
Morschau	—	—	Einlage	2,82 — 2,86
Thorn	1,68	1,68	Schlesien	2,64 — 2,64
Schönd	1,68	1,62	Schöndau O. P.	—
Culm	1,67	1,54	Galgenberg O. P.	—
Wraubenz	1,78	1,74	Neuborscherbach	—
Kurzbrück	2,29	—	Wolfsdorf	—
Montauerpöhe	1,80	1,74	Kuwachs	1,11 —
Dielitz	1,84	1,79		

Letzte Nachrichten.

Bayerns passive Resistenz in der Entwaffnungsfrage.

Berlin, 5. April. Gegenüber unrichtigen Darstellungen, die in der bayerischen Presse in den letzten Tagen über den Besuch des Vizetanzlers in München verbreitet waren, wird in einer amtlichen Rundgebung festgestellt, daß die Reichsregierung in Anbetracht der Verhältnisse zur Unterstützung und Ergänzung ihrer schriftlichen Mitteilungen in der Entwaffnungsfrage eine mündliche Aussprache mit dem bayerischen Ministerpräsidenten für notwendig hielt. Das Ersuchen der Reichsregierung um die Besprechung ist in gebührender Form vorher übermittelt worden. Am Donnerstag morgens fand eine eingehende Besprechung des Vizetanzlers mit dem Ministerpräsidenten statt, bei der Dr. Heinze unter Berücksichtigung aller Umstände den Standpunkt der Reichsregierung in der Entwaffnungsfrage entwickelte und begründete. Nach Beendigung der Besprechung trat er den Wunsch nach einer Besprechung im bayerischen Ministerrat vor und regte, einer dagegen Bedenken bestanden, eine zwanglose Zusammenkunft an. Herr v. Kahr erklärte, daß er diese Frage zunächst dem bayerischen Kabinett unterbreiten müsse. Jedemfalls werde er seinerseits dem Kabinett die Darstellung des Vizetanzlers in loyalster Weise übermitteln. Am Abend reiste der Vizetanzler entsprechend seiner vorherigen Mitteilung nach Berlin zurück.

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Bolze, für den Danziger Nachrichtenteil und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Gwert in Oliva. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

